

EDITORIAL



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

der 26. August 2009 wird hoffentlich vielen Niedersachsen im Gedächtnis bleiben. An diesem Tag hat CDU-Ministerpräsident Christian Wulff im Landtag die Maske fallen lassen und sich so präsentiert, wie er wirklich ist: ein Konservativer, dem Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung ein Dorn im Auge sind. In der Landtagsdebatte über das politisch motivierte Disziplinarverfahren gegen den Landesvorsitzenden der GEW, Eberhard Brandt, hatten wir die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP deutlich in die Defensive gedrängt. Wulff sah sich nach mehr als einer Stunde heftigen Schlagabtauschs gezwungen, seine Kultusministerin am Rednerpult zu verteidigen. Doch was als pflichtschuldige Vertrauenserklärung begann, gipfelte in einer Tirade gegen Eberhard Brandt persönlich und die Rechte freigestellter Personal- und Betriebsräte im allgemeinen. Wulff beschuldigte Brandt, gar nicht mehr unterrichten zu wollen, sich sozusagen in seine Freistellung als Personalrat geflüchtet und damit dem Staat finanziellen Schaden zugefügt zu haben. Was ist das für ein Verständnis von Mitbestimmung? Die Zeit, in der Feudalherren ihre Diener und Lakaien nach Belieben strafen konnten, wenn sie frech wurden, ist vorbei. Bislang konnte man davon ausgehen, dass das auch ein Christian Wulff begriffen hat. Offenbar war das ein Irrtum. Ich wünsche allen viel Spaß beim Lesen.

Wolfgang Jüttner

Wolfgang Jüttner
Vorsitzender der SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

KULTUSMINISTERIN NICHT MEHR TRAGBAR

Niedersachsens Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU) hat nach Überzeugung der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag das Disziplinarverfahren gegen den Landesvorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Eberhard Brandt, gegen den ausdrücklichen Rat der Landes-schulbehörde mit einem Disziplinarverfahren überzogen. Brandt geriet ins Visier der empfindlichen Ministerin, weil ihre Schulpolitik immer wieder scharf kritisiert hatte. »Mit dem Disziplinarverfahren sollte ein ungeliebter Kritiker mundtot gemacht werden«, zeigte sich SPD-Fraktionschef Wolfgang Jüttner in der Landtagsdebatte am 26. August 2009 überzeugt. Als Konsequenz aus der Erkenntnis hatte die SPD die Entlassung der Ministerin beantragt. Aufgrund der Mehrheit von CDU und FDP im Landtag wurde der Antrag abgelehnt. Doch den Abstimmungserfolg wird die Koalition noch teuer bezahlen müssen. »Ein Pyrrhussieg«, wie Jüttner feststellte.

Der Verdacht gegen Heister-Neumann ist so alt wie das Disziplinarverfahren selbst. Auf Betreiben der SPD-Fraktion wurden dem Kultusausschuss des Landtages Teile der Akten zum Fall Brandt zur Verfügung gestellt. Allerdings wurden sie von der Landesregierung als vertraulich klassifiziert. Die Ausschussmitglieder durften sie lesen, aber nicht kopieren, aus ihnen abschreiben oder mit



Dritten darüber reden. Ein unhaltbarer Zustand. Das Kontrollrecht des Parlaments wird damit ausgehebelt. Dennoch ließ sich die SPD-Fraktion nicht einschüchtern. Inhalte der Akten wurden zwar nicht preisgegeben, aber es wurde öffentlich ein politischer Schluss gezogen: Die Verdachtsmomente gegen Frau Heister-Neumann haben sich erhärtet, hieß es am 18. August bei einer Pressekonferenz der SPD-Fraktion. Wenige Tage später tauchten in der Presse Auszüge aus den Akten auf. Laut »Spiegel« erklärte eine Dezernentin der Landesschulbehörde in einer dienstlichen Erklärung, ihr Vorgesetzter habe sie Ende März trotz ihrer Bedenken mit Hinweis auf die »Vorgaben der Hausspitze des Kultusministeriums« angewiesen,

Niedersachsens Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU) sorgt für Negativschlagzeilen.

Fortsetzung von Seite 1

gegen Brandt ein Verfahren einzuleiten. Von der Ministerin sei bereits angekündigt worden, dass gegen Brandt vorgegangen werde. Auch die Bild-Zeitung interessierte sich für den Fall, hieß es in der »Braunschweiger Zeitung«.

Trotz dieser Beweise bleibt Frau Heister-Neumann im Amt, beschuldigen Politiker von CDU und FDP Brandt trotz eingestellten Disziplinarverfahrens weiterhin. Solange die Akten nicht frei zugänglich sind, steht Aussage gegen Aussage. Die SPD-Fraktion hat deshalb die Vorlage buchstäb-

lich aller Akten und die Aufhebung der Vertraulichkeit gefordert. Kommt die Landesregierung der Forderung nicht nach, werden von der SPD weitere parlamentarische Mittel ins Feld geführt. Aber eines ist klar: Frau Heister-Neumann ist noch lange nicht aus dem Schneider. ■

BEGRIFF »ATOM-MAFIA« BEKOMMT NEUE QUALITÄT



Teilnehmer auf der Anti-Atomkraft-Demo am 5. September in Berlin war auch Niedersachsens SPD-Fraktionschef Wolfgang Jüttner, hier im Gespräch mit dem Büroleiter der SPD-Landesgruppe Niedersachsen im Bundestag, Lars Wegener.

Der Aufklärungsprozess um die marode Schachanlage Asse II hat längst den heimatischen Landkreis Wolfenbüttel verlassen. Die Medien übertreffen sich tagtäglich mit kaum vorstellbaren Hiobsbotschaften. Die abendlichen Hauptnachrichtensendungen, Politik-Magazine und -Talkshows wie »Panorama« oder »Hart aber fair« haben sich des Themas Atom angenommen. Prominente Politiker aller »Coeur« positionieren sich, Wissenschaftler scheuen sich nicht mehr die wahren Zusammen-

hänge und Gefahren zur Atomenergienutzung öffentlich zu beschreiben. So erhalten die Menschen in ganz Deutschland regelmäßig neue haarsträubende Einblicke in die mächtige Welt der Atomindustrie und ihrer Lobbyisten.

SPD im Niedersächsischen Landtag treibt die Aufklärung voran

Vorgegaukelte sichere Atom-
mülllagerung in Salzgestein,
politisch ambitionierte Standortbestimmung allein in Nie-

dersachsen, zurückgehaltene Akten, gefälschte Gutachten, gewagte Schriftwechsel aus CDU-Regierungszeiten, erkrankte Mitarbeiter und kontaminierte Laugenaustritte im maroden Bergwerk Asse II – die SPD im Niedersächsischen Landtag treibt die Aufklärung voran. Stück für Stück wird die jahrzehntelang geschickt aufgebaute Fassade abgetragen. CDU und FDP mögen noch so viel mauern und verhindern wollen. Sie werden den in Gang gesetzten Prozess nicht mehr stoppen können.

Es gibt keine absolut sicheren Endlager

Die Menschen wollen endlich wissen, was es mit dem so oft beschworenen »Wunder Atomenergie« auf sich hat und ob die noch immer ungeklärte Frage der sicheren Endlagerung überhaupt zu beantworten ist. Für die SPD ist klar: Es gibt keine absolut sicheren Endlager. Vor allem wird deutlich: CDU/CSU sind mit ihrem gefälschten Gutachten zum Endlager-Konzept in dem durchlöchernten Salzstock Gorleben ebenso gescheitert wie mit dem angeblichen Versuchsstandort »Asse II«.

Fortsetzung von Seite 2

Ernst Albrecht bot die Asse als »Billigkippe« an

Die aktuelle Arbeit im Asseauschuss entwickelt sich nach der ersten Übergabe der Akten aus dem Helmholtz-Institut zur rasanten Entdeckungsreise. Zunächst der Nachweis, dass dreimal so viel Plutonium in der Asse lagert wie bislang behauptet. Anstelle der angegebenen neun Kilogramm sind es nun 28 Kilogramm des hoch radioaktiven Abfalls. Angeblich ein »Übertragungsfehler«. Eine große Tageszeitung spricht sogar von einem »Manipulationsversuch«. Der nächste Skandal: Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (CDU) wollte 1984 erneut Atommüll in der Asse einlagern. Für die SPD steht damit fest, dass das Kabinett Albrecht trotz der Zweifel an der Sicherheit der Atomwirt-

schaft die Asse als Billigkippe anbot. Angesichts dieser Veröffentlichungen in der Presse vom 2. September über die Rolle ehemaliger Landesminister in Sachen Asse hatte die SPD gefordert, u.a. die ehemaligen Wirtschaftsminister Birgit Breuel und Walther Leisler Kiep (beide CDU) entweder für die Sitzung am 17. bzw. am 24. September vorzuladen.

Die Mehrheit von CDU und FDP im Asse-Untersuchungsausschuss hat das allerdings abgewehrt. Auch die von der Opposition geforderte zügige Vorlage fehlender Akten aus dem Umweltministerium in Niedersachsen wurde verwehrt.

CDU und FDP betreiben Salamitaktik

Bislang liegen dem Asse-Ausschuss 143 von insgesamt rund 450 Aktenbände aus dem Haus

von Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) vor. Seit dem 13. Juli tröpfeln die Landesakten peu à peu beim Ausschuss ein. Bleibt es bei diesem Tempo, werden die Akten erst im nächsten Jahr komplett vorliegen. Die SPD wird überprüfen, ob durch diese Salamitaktik von CDU und FDP nicht die Minderheitenrechte verletzt werden. Das bisherige Fazit der parlamentarischen Aufklärungsarbeit: Ein verdammt hartes Stück Arbeit mit einer bislang unglaublichen Wirkung: Das Thema Atomenergie hat Hochkonjunktur – in all seinen Facetten.

Am 27. September ist Bundestagswahl. Die SPD hat eine unmissverständliche Antwort auf das Hochsicherheitsrisiko

Atomenergie: Nein Danke!

SCHULPSYCHOLOGISCHE BERATUNG – NIEDERSACHSEN AUCH HIER SCHLUSSLICHT

Der Schulpsychologie in Niedersachsen droht der Kollaps. Nur noch 38 Stellen gibt es im Bereich der Schulpsychologie. Das entspricht einer Relation Schulpsychologe pro Schüler von etwa 1 zu 32.000. Andere

Länder haben viel bessere Relationen. So gibt es nach Angaben des Verbandes Niedersächsischer Schulpsychologen z. B. Relationen von 1 zu 5.491 in Hamburg oder von 1 zu 16.993 in Baden-Württemberg.

Die Landesregierung muss endlich ein Konzept vorlegen und umgehend 60 neue Stellen in der Schulpsychologie schaffen. Dazu hat die SPD-Landtagsfraktion eine parlamentarische Initiative gestartet. ■



» Wachsender Problemdruck in den Schulen und immer weniger Schulpsychologen im Land, das passt einfach nicht zusammen. «

Claus Peter Poppe,
stv. schulpolitischer
Sprecher

NIEDERSACHSEN-PLAN POLITIK FÜR DAS NÄCHSTE JAHRZEHT



Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag fordert die Landesregierung auf, einen »Niedersachsen-Plan« nach dem von Frank-Walter Steinmeier vorgestellten Deutschland-Plan aufzulegen. Durch gezielte staatliche Maßnahmen, die auf die Besonderheiten Niedersachsens als Gesundheits- und Mobilitätsland abgestimmt sind, ist es möglich innerhalb von 10 Jahren viele zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. »Diese Erfolge kommen nämlich nicht von selbst. Mit diesem Projekt, das sehr viele Politikbereiche umfasst, wird es möglich sein, mehr als 350 000 Arbeitsplätze in Niedersachsen zu schaffen.«, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Jüttner.

Die SPD fordert, Niedersachsen als Produktions- und

Dienstleistungsstandort weiterzuentwickeln und durch zukunftsfähige Maßnahmen langfristig Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Hierzu ist ein ökologischer Umbau der Energie- und Produktionswirtschaft ebenso notwendig, wie die nachhaltige Verbesserung der Innovationsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft. »Die Mittel für Forschung und Entwicklung in Niedersachsen sind seit 2003 rückläufig. Der Mittelstand kann das nicht allein. Er ist darauf angewiesen, dass die Politik Netzwerke schafft und Kooperationen herstellt.«, forderte Jüttner.

Entscheidenden Einfluss hat das Land auf die wichtigen wirtschaftspolitischen Rahmenumstände. So ist die Soziale Marktwirtschaft kei-

neswegs ein Auslaufmodell, sondern Grundlage des sozialen Friedens und des Wohlstands in unserem Land. Neue Impulse im Bildungssystem sind dringend notwendig: »Ihnen ist ins Stammbuch geschrieben worden, wie groß der Fachkräftemangel in Niedersachsen ist und wie sehr er sich in den nächsten Jahren aufbauen wird. Sie haben aus ideologischen Gründen das Thema frühkindliche Bildung verschlafen, weil Ihr Familienbild damit nichts zu tun hat. Die Struktur des Bildungswesens führt dazu, dass Sie Bildungsreserven überhaupt nicht erschließen und dass Sie Chancengleichheit mit Füßen treten.«, so Jüttner

Das Land Niedersachsen hat viele Stärken, die es auszubauen gilt und die an die Herausforderungen der sich wandelnden Gesellschaft anzupassen sind. Wolfgang Jüttner erteilt einem »weiter so« nach dem Überwinden der wirtschaftlichen Talsohle eine klare Absage. Die Erfahrungen der Finanzmarktkrise haben gezeigt, dass sich der Kapitalmarkt nicht von der Realwirtschaft abkoppeln kann und darf. Hier ist eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte dringend geboten.

Das Land und die Kommunen haben darüber hinaus eine wichtige Funktion als Auftraggeber der Wirtschaft. Hier versagt die Landesregierung in doppelter Hinsicht. Die eigenen Investitionsausgaben sind viel zu gering und die Städte und Gemeinden leiden unter den historischen Steuerausfällen und erhalten keinerlei Hilfe vom Land. ■

Der »Niedersachsen-Plan« – Politik für das nächste Jahrzehnt – Drs. 16/1508 abrufbar unter www.landtag-niedersachsen.de
> **Parlamentsdokumente**
> **Drucksachen**

ENTSCHLOSSEN GEGEN DEN RECHTSEXTREMISMUS

In der Landtags Sitzung vom 26. August hat die SPD-Landtagsabgeordnete Sigrid Leuschner die Landesregierung aufgefordert, entschlossener gegen Rechtsextremismus vorzugehen. Hier einige Auszüge aus ihrer Rede vor dem Niedersächsischen Landtag:

Neonazis haben in den letzten Monaten in Niedersachsen immer dreistere Aktionen unternommen. Ich möchte nur an den sogenannten ‚Trauermarsch‘ von ca. 500 Neonazis am 1. August vor in Bad Nenndorf erinnern. Am 17. Juli besetzten Rechtsextremisten das ehemalige Hotel Gerhus in Faßberg. Es ist der Zivilcourage von Bürgerinnen und Bürgern aus vielen gesellschaftlichen Gruppen zu verdanken, dass Gegendemonstrationen und Mahnwachen stattfanden.

Dadurch wurde ein Zeichen gegen Rechts und für Toleranz und Vielfalt gesetzt. Meine Damen und Herren, wir fordern die Landesregierung auf, konsequenter gegen Rechtsextremismus vorzugehen und die rechte Szene in Niedersachsen nicht zu verharmlosen. (...) Es wird allerhöchste Zeit, dass Sie, Herr Minister Schünemann, endlich zur Kenntnis nehmen, dass der Rechtsextremismus

die größte Gefahr für die Demokratie ist und in aller Konsequenz bekämpft werden muss. Angesichts dieser neuen Provokationen ist es nahezu lächerlich und skandalös, dass Sie weiterhin krampfhaft versuchen, die Bedrohung unserer Demokratie durch Rechtsextremismus mit Hinweis auf linksextremistische Aktivitäten zu relativieren. Sie wissen genau, dass eine Gleichsetzung falsch ist, weil die Ursachen sehr unterschiedlich sind. (...) In unserer Gesellschaft werden von den Rechten neben ausländerfeindlichen und antisemitischen Parolen auch verstärkt muslimfeindliche Stimmungen aufgegriffen. (...) Menschenrechtsbildung muss in den Vordergrund gestellt werden. Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus müssen von der Einsicht geleitet werden, dass es sich primär um ein politisches und gesellschaftliches Problem handelt. Deshalb müs-



Entschlossen im Kampf gegen den Rechtsextremismus: Sigrid Leuschner, Vorsitzende des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

sen Maßnahmen gegen Rechts auf Stetigkeit ausgerichtet sein. Und darin, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, versagen Sie mit Ihrem Ansatz. (...) Herr Innenminister Schünemann, verschließen Sie nicht weiterhin die Augen vor den Gefahren des Rechtsextremismus, sondern handeln Sie endlich, indem Sie das Handlungskonzept der SPD-Landtagsfraktion aufgreifen und umsetzen und sich endlich für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren einsetzen. ■

SPD STARTET INITIATIVE FÜR DEN AUFBAU VON PFLEGEKAMMERN



Zahlreiche Pflegeexperten und -expertinnen folgten der Einladung der SPD-Fraktion.

Am 17. August 2009 folgten zahlreiche Pflege-Experten und Praktiker einer Einladung der SPD-Fraktion nach Hannover. Anlass war eine Anhörung der Fraktion zur Frage, ob eine niedersächsische Pflegekammer die Pflegeberufe stärken, die Akzeptanz der Pflege erhöhen und die Kompetenz der Pflegenden sichern helfen kann. Immerhin arbeiten deutsch-

landweit rund 1,2 Millionen Menschen in der Pflege, in Niedersachsen sind es etwa 130.000.

Deren Arbeitsbedingungen sind vielfach geprägt von einer engen, zeitgetakteten Pflege, Lohndumping und Tariffucht. Der Ruf aus den Pflegeberufen nach einer eigenen Kammervertretung wird auch deshalb lauter.

In der Vergangenheit hatte die SPD-Fraktion eine Pflegekammer eher abgelehnt. Seit der fachlich exzellenten und ausgewogenen Diskussion am 17. August hat sie diese Position allerdings überdacht. So könnte eine Pflegekammer rechtliche Klarheit für die Berufsangehörigen schaffen und gleichzeitig Sicherheit für die Pflegebedürftigen gewährleisten.

Klar ist für die SPD-Fraktion allerdings auch: Ein eigenes Versorgungswerk einer Pflegekammer Niedersachsen wird es mit ihr nicht geben. Die Altersvorsorge muss stärker gebündelt und nicht weiter zersplittert werden.

Auch die Frage der Pflichtmitgliedschaft – wie sie sich bei anderen Kammern findet – muss noch ernsthaft geprüft werden.

Die SPD wird deshalb in diesem Monat eine entsprechende Initiative mit Eckpunkten zum Aufbau einer Pflegekammer Niedersachsen in den Landtag einbringen. ■

IMPRESSUM

Herausgeber
SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Verantwortlich
Dr. Cornelius Schley,
Geschäftsführer SPD-Fraktion
Niedersachsen

Redaktion
Olaf Reichert,
olaf.reichert@
lt.niedersachsen.de
und
Thilo Scholz,
Thilo.Scholz@
lt.niedersachsen.de

Anschrift
Hinrich-Wilhelm-Kopf-
Platz 1, 30159 Hannover,
www.spd-landtag-nds.de

Layout & Satz
Anette Gilke,
mail@AnetteGilke.de